

Wie kann man den Digital-Verfall
beschleunigen? (Seite 10) **WIRTSCHAFT**

Die zweite Währungsphase in den Staaten
beginnt mit einem Anstiegen **WIRTSCHAFT**

Implenia gibt sich neue Strukturen

Milliardenwertige Übertragungen im Herbst sorgen für Aufbruch in einer Neuanordnung

Implenia, der führende Baukonzern der Schweiz, hat sich neue Strukturen gegeben. Die Übertragungen im Herbst sorgen für Aufbruch in einer Neuanordnung. Die neue Struktur soll die Effizienz steigern und die Flexibilität erhöhen. Die Übertragungen sind Teil einer umfassenden Reform, die die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen verbessern soll. Die neue Struktur wird im Herbst in Kraft treten. Die Übertragungen sind Teil einer umfassenden Reform, die die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen verbessern soll. Die neue Struktur wird im Herbst in Kraft treten.



Table with financial data, likely a balance sheet or income statement for Implenia. Columns include various financial metrics and their values.

Die Übertragungen sind Teil einer umfassenden Reform, die die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen verbessern soll. Die neue Struktur wird im Herbst in Kraft treten. Die Übertragungen sind Teil einer umfassenden Reform, die die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen verbessern soll. Die neue Struktur wird im Herbst in Kraft treten.

Die Übertragungen sind Teil einer umfassenden Reform, die die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen verbessern soll. Die neue Struktur wird im Herbst in Kraft treten. Die Übertragungen sind Teil einer umfassenden Reform, die die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen verbessern soll. Die neue Struktur wird im Herbst in Kraft treten.

Die Übertragungen sind Teil einer umfassenden Reform, die die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen verbessern soll. Die neue Struktur wird im Herbst in Kraft treten. Die Übertragungen sind Teil einer umfassenden Reform, die die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen verbessern soll. Die neue Struktur wird im Herbst in Kraft treten.

Baselbieter aus Schweizer bei Paragrafen

Baselbieter aus Schweizer bei Paragrafen. Die Übertragungen sind Teil einer umfassenden Reform, die die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen verbessern soll. Die neue Struktur wird im Herbst in Kraft treten.

Wie kann man den Digital-Verfall

Wie kann man den Digital-Verfall beschleunigen? Die Übertragungen sind Teil einer umfassenden Reform, die die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen verbessern soll. Die neue Struktur wird im Herbst in Kraft treten.

Währungsphase in den Staaten

Die zweite Währungsphase in den Staaten beginnt mit einem Anstiegen. Die Übertragungen sind Teil einer umfassenden Reform, die die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen verbessern soll. Die neue Struktur wird im Herbst in Kraft treten.

Leuthards VR-Mandate erregen kaum Kritik

Die frühere Bundesrätin Doris Leuthard soll im Verwaltungsrat von Coop und Bell Einsitz nehmen

FABIAN SCHÄFER, NATALIE GRATWOHL
Die ehemalige Energie-, Verkehrs- und Kommunikationsministerin Doris Leuthard strebt offenbar eine Karriere als professionelle Verwaltungsrätin an. Im Frühjahr soll Leuthard, die Ende 2018 zurückgetreten ist, in den Verwaltungsrat von Coop und Bell gewählt werden. Coop- und Bell-Präsident Hansueli Loosli kennt sie nicht zuletzt durch seine Funktion als VR-Präsident der vom Bund kontrollierten Swisscom. Die Mandate dürften lukrativ sein: Der zehnköpfige Coop-Verwaltungsrat erhielt 2017 1,3 Mio. Fr., und ein einfacher Bell-Verwaltungsrat wurde 2018 mit 100 000 Fr. entlohnt. Die Jobsuche ist für frühere Bundesräte ein heikles Unterfangen. Den grössten Ärger hat bisher Moritz Leuenberger (SP) auf sich gezogen, der 2010 kurz nach seinem Rücktritt als Bundesrat in den Verwaltungsrat des Baukonzerns Implenia ging. Dieser Schritt wurde einhellig verurteilt, da Leuenberger als

Infrastrukturminister direkt mit der Branche zu tun hatte. Der Nationalrat versuchte im Nachgang, die berufliche Freiheit abtretender Bundesratsmitglieder einzuschränken, scheiterte aber am Ständerat. Das war vor fünf Jahren. Inzwischen ist ein neuer Vorstoss mit demselben Ziel hängig. Danach müssten Bundesräte nach dem Abgang eine noch nicht definierte Karenzfrist verstreichen lassen, bevor sie Mandate in Firmen annehmen könnten, die einen «engen Bezug» zu ihrem Departement haben oder «wichtige Aufträge» vom Bund erhalten. Diese Regulierung will die Staatspolitische Kommission des Nationalrats mit einer parlamentarischen Initiative umsetzen. Im Ständerat ist der Widerstand jedoch nach wie vor gross: Seine Kommission hat die Initiative Mitte Februar klar abgelehnt. Nun sind wieder die Nationalräte am Zug, das Unterfangen scheint aber erneut zu scheitern. Eine gewisse Beschränkung hat sich der Bundesrat in seinem «Aide-Mé-



Doris Leuthard
Ehemalige Bundesrätin

moire» selber auferlegt. Darin verpflichtet er seine Mitglieder, «bei der Auswahl von Mandaten und Funktionen die erforderliche Sorgfalt walten zu lassen und auf eine Tätigkeit, bei der Interessenkonflikte aufgrund des früheren Amtes entstehen können, zu verzichten». Allerdings wäre Leuthards Wechsel sogar mit den Einschränkungen erlaubt, welche die Nationalratskommission verfügen möchte. Coop und Bell haben keinen Bezug zur Energie- oder Verkehrspolitik. Jedenfalls löst Leuthards Wechsel nicht annähernd so viel Kritik aus wie jener von Leuenberger. Selbst SP-Natio-

nalrätin Nadine Masshardt, die sich für eine Karenzfrist einsetzt, äussert sich zurückhaltend. Sie kritisiert den Wechsel nicht inhaltlich, sondern dessen Zeitpunkt. «Wenige Wochen nach dem Rücktritt ein neues bezahltes Amt in der Privatwirtschaft anzunehmen, ist unsensibel.» Da stehe man immer noch so stark im Fokus der Öffentlichkeit, dass Zurückhaltung angezeigt sei. FDP-Ständerat Andrea Caroni hingegen sieht darin kein Problem. «Ich kann beim besten Willen keinen Interessenkonflikt erkennen.» Der Wechsel bestätige, dass abtretende Bundesratsmitglieder selber wüssten, welche Ämter für sie infrage kämen und welche nicht. «Die einzige bisherige Ausnahme war Moritz Leuenberger, und auch ihm war offenbar klar, wie heikel seine Entscheidung ist.» Welche Ämter frühere Bundesräte annehmen, sei eine Frage des Anstands. Eine Regulierung sei unnötig und würde nur neue Abgrenzungsfragen aufwerfen.

Kommentar auf Seite 11